



Appell an die Grossrätinnen und Grossräte, dem SiD zusätzliche Mittel von 3.5 Mio Franken zuzusprechen zur Verhinderung drohender Sparmassnahmen bei der Kantonspolizei Basel-Stadt, welche weitreichende negativen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Polizistinnen und Polizisten unseres Kantons hätten

Sehr geehrte Grossrätinnen  
Sehr geehrte Grossräte

Am heutigen Tage haben Sie über das Budget 2006 des Sicherheitsdepartementes SiD zu befinden. In diesem Zusammenhang appelliert der Polizeibeamten-Verband des Kantons Basel-Stadt, welchem die Grosszahl der Polizistinnen und Polizisten unsere Kantons angehören, an Sie, der Polizei genügend Mittel zuzusprechen, damit diese weiterhin in der Lage ist, ihre Aufgabe als Garant für Sicherheit und Ordnung in unserem Kanton wahrzunehmen.

Die Polizei hat seit Jahren mit einem Unterbestand an Personal zu kämpfen. Dies hat dazu geführt, dass die Polizistinnen und Polizisten eine Vielzahl von Überstunden zu leisten haben und gewisse Aufgaben nicht oder nur teilweise wahrnehmen können. Anstatt den Personalbestand auf den Soll-Bestand aufzustocken, hat jedoch die Polizeileitung aufgrund der Sparvorgaben der Regierung in den letzten Jahren immer mehr Stellen gestrichen, sodass der Personalunterbestand nicht zu-, sondern vielmehr weiter abgenommen hat.

Die Sparmassnahmen der letzten Jahre und der daraus resultierende Rückgang an Personal haben dazu geführt, dass die Polizeileitung ein Sparszenario entworfen hat, welches bei dessen effektiver Umsetzung zu einem massiven Abbau von Polizeidienstleistungen führen würde. Es ist dabei nach Einschätzung unseres Verbandes davon auszugehen, dass dieses Szenario ohne weiteres in die Realität umgesetzt würde, wenn der Grosse Rat nicht bereit ist, der Polizei mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

- dass die **Bezirkswachen City und Ost nicht mehr selbständig betrieben**, sondern in die Bezirkswachen Kleinbasel (Clara) bzw. Bezirkswache West (Kannenfeld) integriert werden sollen.

Gemäss den erwähnten **Sparszenario** ist insbesondere vorgesehen,

- dass die **Polizeiposten Breite, Horburg und Wiesendamm** und der Publikumschalter am Aeschenplatz **geschlossen** werden sollen,
- dass die **Bezirkswachen City (Spiegelhof) und Ost (Gundeldingen) nachts** sowie an Sonn- und Feiertagen für das Publikum **geschlossen** werden sollen,

Der PBVB wehrt sich dezidiert gegen die vorgenannten Abbaupläne. Dies aus folgenden Gründen:

- Die **Polizeipräsenz in den (z.T. "Problem"-) Quartieren** Breite, Horburg und Gundeldingen **wird reduziert**. Nächtliche Fusspatrouillen in diesen Quartieren könnten kaum noch durchgeführt werden. Dies führt zu einem Verlust an Sicherheit in diesen Quartieren. Demgegenüber steht fest, dass die Bürgerinnen und Bürger sich eine Polizeipräsenz in den Quartieren wünschen. Die betroffenen Quartiervereine wehren sich daher gegen die geplanten Schliessungen von Polizeiposten (vgl. dazu BAZ vom 13.12.2005, S. 12, betreffend Bezirkswache Ost).
- Die Bevölkerung muss **längere Anfahrtswege** zu den Anzeigestellen hinnehmen.
- Es ist zu befürchten, dass die teilweise Schliessung der Bezirkswachen City und Ost nur ein **erster Schritt zu deren totalen Schliessung** darstellt.
- Die Zusammenlegung des Bezirkswachenpersonals von bisher vier auf zwei Wachen führt zu einem **weiteren Personalabbau** und somit zu einem Verlust an Sicherheit.
- Die vorgenannte Zusammenlegung führt im Weiteren zu einem **Verlust an Kaderstellen und damit verbunden zu einem Verlust an Karriereaussichten für die Polizistinnen und Polizisten**. Die fehlenden Karrieremöglichkeiten machen die Polizeitätigkeit in Basel-Stadt für angehende Polizistinnen und Polizisten uninteressant. Für Angehörige der Polizei wirken die fehlenden Aussichten auf eine Beförderung demotivierend.

Aus den vorgenannten Gründen ist der PBVB überzeugt, dass die geplanten Sparmassnahmen und der damit verbundene Abbau weiterer Polizistenstellen mit Sicherheit ein Schritt in die falsche Richtung bedeuten würde und daher mit allen Mitteln zu verhindern sind. Der PBVB ruft Sie, sehr geehrte Damen und Herren, daher auf, sich dafür einzusetzen, dass dem SiD (zusätzlich zu den von der Regierung gemäss dem "Budget 2006" budgetierten Mitteln) 3.5 Mio. Franken zugesprochen werden, welche es der Polizei ermöglichen, den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der heutigen bewährten Strukturen bestmögliche Sicherheit zu bieten.

Wir zählen auf Ihre tatkräftige Unterstützung. Zudem stehen wir Ihnen für allfällige Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Basel, 14. Dezember 2005

POLIZEI BEAMTEN- VERBAND  
DES KANTONS BASEL STADT

Andrea Hauri  
Präsidentin